

PRESSEMITTEILUNG

Hamburg, 23.04.2020

Schienengüterbranche fordert nachhaltige Konjunkturprogramme und Sofortmaßnahmen

Mit einem Stabilitätsfonds für den Schienengüterverkehr muss die Bundesregierung die Unternehmen bei der Sicherung der Versorgung in der Corona-Krise unterstützen. Dafür sprechen sich die vier Branchenverbände Allianz pro Schiene, Netzwerk Europäischer Eisenbahnen, Verband Deutscher Verkehrsunternehmen und der Verband der Güterwagenhalter in Deutschland VPI aus. In der gemeinsamen Erklärung unterstreichen sie die zentrale Rolle, die der Schienengüterverkehr in der Krise für die zuverlässige Lieferung von Lebensmitteln, Rohstoffen und anderen Gütern spielt und warnen vor Verkehrsverlagerungen von der Schiene auf die Straße.

Branche wird ihrer Verantwortung gerecht

Der Bund erwarte vom Schienengüterverkehr, dass er die Grundversorgung der Bevölkerung zuverlässig sicherstelle – auch dann, wenn die Corona-bedingten Nachfrageschwankungen hohe Mehrkosten ohne entsprechende Mehreinnahmen verursachen. Die hohen Erwartungen der Politik habe die Branche voll erfüllt. Für den hohen Aufwand müsse es eine Kompensation geben. Bisher helfe der Bund zwar generell den Unternehmen aller Branchen mit Maßnahmen zur Liquiditätssicherung. Dies sei ein wichtiger Beitrag, heißt es in dem Papier, reiche aber nicht aus. Insbesondere krisenbedingte Betriebsmehrkosten wie zum Beispiel Abstell- und Zwischenlagerkosten und Stornierungsentgelte müssten kurzfristig und unbürokratisch aufgefangen werden. Als Finanzrahmen für den Stabilitätsfonds halten die Verbände einen dreistelligen Millionenbetrag für angemessen. Der genaue Bedarf ist abhängig von Dauer und Schwere der Krise beziehungsweise der Einschränkungen.

Bund muss Trassenpreise stärker fördern und bei Energieabgaben entlasten

In einem Katalog mit den Top 3-Anliegen in der Corona-Krise fordern die vier Branchenverbände zudem, die sogenannte Trassenpreisförderung von aktuell 47 auf bis zu 100 Prozent auszuweiten und die angekündigte Anlagenpreisförderung kurzfristig zu starten. Damit könne der Bund zielgerichtet und aus dem vorhandenen Budget Verkehre auf der Schiene unterstützen. Drittens müsse der Bund die Steuer- und Abgabenbelastung durch Stromsteuer, EEG-Umlage und Emissionshandel reduzieren, die den elektrisch betriebenen Güterverkehr auf der Schiene angesichts der stark gesunkenen Dieselpreise besonders trifft.

Konjunkturprogramme müssen nachhaltig sein und Klimafolgen berücksichtigen

Die zur Überwindung der Krisenfolgen derzeit diskutierten Konjunkturprogramme müssen nach Auffassung der Verbände eine Nachhaltigkeitsabschätzung durchlaufen. Weder den Kunden noch der Regierung wäre beispielsweise damit gedient, wenn wenige Monate vor dem Start der CO₂-Bepreisung Spritschlucker durch Kaufprämien oder Mehrwertsteuererzicht in den Markt gedrückt würden. Umgekehrt weisen die Verbände darauf hin, dass im Schienenverkehr viele klimafreundliche Innovationen wegen mangelnder Beiträge des Bundes weiterhin im Wartestand stehen. Die ambitionierten eisenbahnpolitischen Ziele des Koalitionsvertrages spiegeln sich auch im beschlossenen Nachtragshaushalt des Bundes für 2020 leider noch nicht wider.

Weitere Informationen:

- Gemeinsame Erklärung der vier Verbände

Für Rückfragen:

Kerstin Domscheit
Presse- und Öffentlichkeitsarbeit VPI
mobil: +49 (0)160 1527533